

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 20.—, vierteljährl. M. 60.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandsverkehr 66.— einschl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 1.— Pfg. ; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discoutoges., Zweigst. Wildb.
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Pettizeile ober deren
Raum M. 200, auswärts M. 250. ; Reklame-
zelle M. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Kunstfertigkeit werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. ; In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig
wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gad in Wildbad.

Num. er 159

Februar 179

Wildbad, Dienstag, den 11. Juli 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Annullierung des Versailler Vertrags?

Gestern abend 8 Uhr lief folgende Meldung bei uns ein, die wir noch im Laufe des Abends durch Extrablatt bekannt gaben:

Berlin, 10. Juli. (Draht-Nachr.)

Die Londoner Daily Express meldet, daß an Stelle des Versailler Vertrags ein neuer Friedensvertrag geschlossen werde. Das Blatt hofft, daß Präsident Harding nach den Novemberwahlen die Signatur-Mächte des Versailler Vertrags zu einer Konferenz nach Washington einladen werde um einen neuen Vertrag abzuschließen.

Was diese Nachricht bezwecken soll, was bislang nicht zu ergründen. Vielleicht bringen die nächsten Tage eine Klärung. Vermutlich geht es um die Rheinlande.

Zeitungsnot.

Es war im März dieses Jahres, als die deutschen Zeitungsverleger in einer imposanten Versammlung in Weimar einen Hilferuf an die Reichsregierung richteten, angelehnt an die bereitwillig anerkennende Papiergeleihe endlich durch eine Tat die Bereitschaft zu beweisen, die deutsche Presse am Leben zu erhalten. Man war zu dieser Aufforderung umso mehr berechtigt, als bereits im Januar der Bizekanzler Bauer Zeitungsverlegern aus dem ganzen Reich gegenüber die Notlage der Presse anerkannt und als eine Notlage des ganzen Reiches erklärt hatte. Auch der Reichstag nahm am 7. April unter Führung seines Präsidenten Löbe zu der unabweisbar schlimmen Lage des deutschen Zeitungsverlegers Stellung und gab in vollster Einmütigkeit, wie sie bei anderen Angelegenheiten niemals festgehalten werden konnte, seinem Verlangen nach beschleunigter Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Behebung der Zeitungsnot bewegten Ausdruck. Es kam die Konferenz von Genoa, die die führenden Regierungskräfte von Berlin fernhielt und eine empfindliche Unterbrechung der Hilfsbestrebungen herbeiführte, bis endlich, endlich nach zahlreichen weiteren Vorstellungen Staatssekretär Dr. Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium die Tagung der deutschen Zeitungsverleger in Hamburg durch einen verständnisvollen Vortrag über die Wirtschaftslage im allgemeinen und die brennende Existenzfrage des Zeitungsverlegers im besonderen zu beruhigen vermochte.

Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse war soweit fertig gestellt, daß es nur noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften außer der Reichsregierung bedurfte, um die Absichten einer Nothilfe für die schwer bedrängten Zeitungen zu verwirklichen. Das Kabinett war sich hauptsächlich über folgende Form schlüssig geworden: Die Länder sollten an eine Notkassette der deutschen Presse vom 1. Juli 1922 an einen Betrag abführen, der für das 3. Vierteljahr 1922 auf den Kopf der Bevölkerung 2 Mark ausmacht und der je nach Gestaltung der Holzpreise verändert werden sollte. Die Länder ihrerseits sollten ermächtigt werden, den von ihnen zu zahlenden Betrag auf die Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten von forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken umzulegen.

Dieser Gesetzentwurf hat gewiß bedeutliche Schwächen und dürfte umso weniger geeignet sein, die Zeitungsverleger zu befriedigen, als die durch ihn herbeigeführte Hilfe unzureichend wäre und durch neue unvermeidliche oder künstlich herbeigeführte Teuerungsercheinungen mehr oder weniger illusorisch gemacht würde. Aber wie der Untergehende an einen Strohhalm, so mußten sich die Zeitungsverleger zunächst an diesen Gesetzentwurf klammern, weil er nach langen vergeblichen Hoffnungen und nach den Sirenenklängen ungezählter Ministerreden zum ersten Mal etwas Tatsächliches, wenigstens den Grundstein zu praktischer Unterstützung, zeigte. Die Zeitungsleute sagten sich: Mag das Gesetz aussehen, wie es will, die Hauptsache ist, daß es so schnell als möglich

etwas geschieht, um eine Anzahl der besten und kulturell wertvollsten deutschen Zeitungen nicht untergehen zu lassen, um wenigstens Zeit zu weiterer Besinnung zu gewinnen. Denn die Zustände haben sich in den letzten Monaten derart verschlimmert, daß verspätete Hilfe einen Kranken antrifft, der überhaupt nicht mehr zu kurieren ist. Das Druckpapier ist auf das Zweieinundachtzigfache des Vorkriegspreises gestiegen, die Bezugspreise der Zeitungen durchschnittlich auf das Dreifache. Aus den Anzeigen aber können nur ganz wenige Blätter mit großer Auflage oder von besonderer Bedeutung das Nötigste herauswirtschaften, während die meisten Zeitungen schon sozusagen keinen Anzeigenteil mehr aufweisen. Der Niedergang der Zeitungsblätter und des Vermittlungsverkehrs durch die Zeitungsanzeigen ist allgemein. Je schwächer das Fundament, auf dem die Zeitung steht, je kleiner der Leserkreis, je ärmer an Anzeigen, desto empfindlicher wird sie getroffen, desto früher wird sie in den Abgrund gestoßen, aus dem es kein Entkommen mehr gibt. Die Parteiblätter als Träger politischer Disziplin können sich nur noch mit Mühe und Not über Wasser halten. Die großen, weiterverbreiteten Zeitungen können eigene Vertreter im Auslande längst nur noch im Zusammenschluß mit anderen anstellen. Schon droht fremdländisches Kapital sich nicht allein in unsere Industrie, sondern auch in führende Zeitungen einzunisten und es ist kein Geheimnis, daß gewisse Kongergerne die Selbständigkeit der deutschen Presse zu untergraben versuchen. Die kleinen und mittleren Zeitungen können leicht anderen Einflüssen erliegen; auf alle Fälle sind viele von ihnen entweder schon wirtschaftlich ruiniert, teilweise ohne sich selbst darüber klar geworden zu sein, oder sie folgen rettungslos nach, weil das wirtschaftliche Naturgesetz es so verlangt.

Diese Tatsachen sind alle den Regierungskreisen sowohl im Reich als auch in den Ländern bekannt. Mit Entsetzungen ist auf sie eingeredet worden. In jeder Form, mündlich und schriftlich, hat man Monate lang die Herren aufgeklärt und Vorstellungen aller Art erhoben. Hat nachdrücklich betont, daß keineswegs privatwirtschaftliche Interessen, sondern die Sorge um das deutsche Geistesleben, um die Erhaltung der einzigen deutschen Waffe gegenüber einer Welt von Gegnern, um die deutsche Kultur und Volkswirtschaft, die Zeitungsleute, Verleger und Redakteure, zu ihren lauten Hilferufen veranlaßt. In diesem Sinne ist die Angelegenheit auch kein rein wirtschaftliche, vielmehr eine solche von höchster staatlicher und völkischer Bedeutung, eine Sache, an der jeder Deutsche Anteil hat, weil sie nicht nur in das politische Leben der Nation, sondern in das Gemeinschaftsleben wie in jedes Einzelleben eingreift!

Simmer und überall wurden den Zeitungsverlegern Erklärungen abgegeben, die von Erkenntnis und Hilfsbereitschaft sprachen. Die Rede des Herrn Staatssekretärs Hirsch in Hamburg hätte von keinem Zeitungsmanne wirksamer gehalten werden können, keiner wäre in stande gewesen, die Ursachen der Notlage treffender zu enthüllen und das zwingende Gebot einer Staatshilfe nachdrücklicher zu betonen. Der Sturm wurde beschwichtigt und die deutschen Zeitungsverleger riefen nach Hause in der berechtigten Zuversicht, daß nun wenigstens eine Atempause einträte, jeder weiß, daß er ohne besondere Hilfe eine erhebliche Mehrlast in bezug auf die gesamten Herstellungskosten zu tragen hat. Verzweifelt steht die Mehrzahl der Zeitungsverleger vor einer Situation, die für ihre Blätter ein oder Nichtsein bedeutet und die nur durch weitere Preiserhöhungen mit ihren schädigenden Begleiterscheinungen und nur auf kurze Zeit überwunden werden kann.

Die Länder nehmen dem Gesetzentwurf gegenüber eine

ablehnende Stellung ein. Ihr Einwurf, daß sie zur Vorberatung nicht hinzugezogen wurden, ist begründet und sie empfinden es mit Recht als unverständliche Zurücksetzung, besonders in diesem Falle, der die Aufklärung aller Kräfte auf die Schultern der Länder vorstößt. Auch andere staatsrechtliche Bedenken in bezug auf die formale Gestaltung mögen der Begründung nicht vollends entschören. Diese Einwände dürften aber in einer kurzen Aussprache zu bereinigen sein und die Aufrechterhaltung der Zeitungen dürfte darunter nicht leiden. Was nützt diesen alle grundsätzliche Anerkennung ihrer Notlage und die Betonung der Aufrichtigkeit, an deren Behebung mitwirken zu wollen? Es ist in der Tat die Politik des Stoßgebets zum heiligen Florian, wenn, wie es nun schon viele Monate geschieht, die Nothilfe vom Reich an die Länder und von diesen wieder an das Reich geschoben wird. Die Zeitungsverleger werden von Pontius zu Pilatus geschickt, es werden immer neue Ausreden gefunden, wie die, daß außer dem Waldbesitz auch die Papierindustrie herangezogen werden müßte. Fehlt nur noch das Verlangen einer Heranziehung der Kohlenindustrie, der Zellstofffabrikanten u. a. und eine Vertagung ad calendas graecas ist erreicht. Sollte aber wirklich eine Nothilfe für die Presse zuhause kommen, so sind gerechterweise die Länder zu deren Durchführung an erster Stelle mitzuberufen. In ihrem Gebiete erscheinen die Zeitungen, lediglich nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung sollten sie nach dem Gesetzentwurf an der Notkassette beisteuern, sie haben den hauptsächlichsten kulturellen und wirtschaftlichen Vorteil, den die Zeitungen jedem Volkstamme bieten und ihre Regierungs- und Amtsstellen bedienen sich dieser Zeitungen. Auch sind namentlich die süddeutschen Länder die größten Waldbesitzer in ihren Gebieten, aus denen sie ebenso wie die privaten Forstbetriebe das Holz zu unerhörten Preisen verkaufen und dadurch zu führenden Urhebern der Papierverwertung werden. Der Gesetzentwurf will deshalb gewissermaßen das Uebel an der Wurzel fassen, indem er von den Rieseneinnahmen der Holzverkäufe einen winzigen Teil für die Verbilligung des Zeitungspapiers verwendet wissen möchte. Dabei stellt er den Ländern frei, von den privaten Waldbesitzern die Abgabe für die vorgesehene Notkassette durch Umlage zu erheben. In Württemberg hätte das zur Folge, daß der Staat etwa ein Drittel der aufzubringenden Abgaben zu tragen hätte, zwei Drittel aber der private Waldbesitz mit seinen doch gewiß nicht geringen Erträgen.

Weiter wollen wir uns vorerst nicht mit Einzelheiten beschäftigen, uns auch in der Kritik verschiedener Motive Zurückhaltung anerkennen, weil wir erwarten, daß schließlich in den hoffentlich beschleunigt fortgeführten Verhandlungen doch noch ein brauchbares gesetzliches Mittel gefunden wird, wodurch das Schlimmste verhütet werden kann. Wenn die Regierungen der Länder sich aber weiter im wesentlichen von ihren fiskalischen Interessen in ihren Handlungen der geschilderten Notlage gegenüber bestimmen lassen sollten, so würden sie viel Vertrauen zerstören, die Zeichen der Zeit nicht verstehen und Volk wie Staat um eines der kostbarsten Güter gebracht haben — zu allen anderen, die wir schon verloren haben. L.

Gleichheit vor dem Gesetze.

Von Amtsgerichtspräsident Riß-München.

Unter den Grundrechten der Deutschen nennt die Reichsverfassung die Gleichheit vor dem Gesetz an erster Stelle. Das ist eine nachdrückliche Mahnung für jene, welche die Gesetze anwenden, aber auch für jene, welche an ihrer Erlassung mitarbeiten. Der Richter, der bei gleicher Rechtslage verschieden urteilt, je nachdem die eine oder die andere Person vor ihm steht, verfehlt sich aufs schwerste gegen seine Richterspflicht. Der Gesetzgeber, der bestimmt, daß seine Vorschriften verschieden auszuführen sind, je nachdem sie gegen diese oder jene Person zur Geltung gebracht werden sollen, verkennt seine Aufgabe und die Grenzen seiner Macht. Das Gesetz soll Ruhe und Ordnung im Staate schaffen; es soll eine gleichmäßige Handhabung der staatlichen Verwaltung sicherstellen. Es be-



wirkt das Gegenteil, wenn es verschiedene Volksteile verschieden behandelt, ohne daß dafür klare und zwingende Gründe vorliegen. Die Gegenwehr der Benachteiligten, die unermüdlich einsetzt und auch mit den schärfsten Mitteln auf die Dauer nicht unterdrückt werden kann, erzeugt einen fortwährenden Kampfszustand, der alle Gebiete der staatlichen Arbeit störend beeinflusst. Infolge des Mangels fester, unerschütterlicher Richtlinien greift allenthalben Verwirrung und Unsicherheit im Vollzug des Gesetzes Platz. Ein solches Gesetz wird niemals Recht; es schlägt keine Wurzeln im Rechtsbewußtsein des Volkes. Wir haben es erlebt in der Kulturkampfgesetzgebung und beim Sozialistengesetz. Alle Machtmittel, die der Staat einsetzte — und sie standen ihm damals in nahezu schrankenlosem Umfang zu Gebote! — reichten nicht hin, um die inneren Widerstände, die sich diesen Gesetzen entgegenstellten, auf die Dauer zu überwinden. Sie schöpften ihre Kraft aus der immer klarer hervortretenden und immer weiter durchdringenden Ueberzeugung, daß es verfehlt und unerträglich ist, wenn der Gesetzgeber ein Sonderrecht aufstellt, wo allgemeine Vorschriften zur Erreichung der als richtig anzuerkennenden Ziele ausreichen.

Man sollte aus solchen Erfahrungen lernen. Man sollte sie auch dann nicht aus dem Auge verlieren, wenn außergewöhnliche Ereignisse nach außergewöhnlichem Einschreiten verlangen. Mangel an Ruhe und Ueberlegung rächt sich nirgends so schwer wie bei dem Erlass von Gesetzen; denn sie sind ihrem Wesen nach bestimmt, über die Zeit, der sie entflammen, hinaus zu wirken. In einer Verordnung, die nur vorübergehende Geltung beansprucht, kann man Fehlgriffe hinnehmen, weil man sich sagt, daß ihre Dauer begrenzt ist. In einem Gesetz müssen sie vermieden werden; und jeder, der die Gefahr solcher Fehlgriffe erkennt, ist verpflichtet, seine warnende Stimme zu erheben.

Darüber, daß die Ereignisse der letzten Zeit zu scharfen Maßnahmen zum Schutze der durch die Verfassung geschaffenen Staatsform zwingen, kann für niemand, der auf Ordnung im Staate hält, ein Zweifel sein. Ob die Vorschriften, wie sie der Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik enthält, nicht über das rechte Maß hinausgehen, mag hier außer Untersuchung bleiben. Nur darauf möchte ich auf Grund länger richterlicher Erfahrung hinweisen: je mehr ein Gesetz den Richter zu Strafen zwingen will, die in keinem Verhältnis zur Schwere der Tat stehen, desto sicherer verfehlt er seinen Zweck. Die Gerichte sind allerdings verpflichtet, nach den Gesetzen zu urteilen, auch wenn sie diese nicht für gut halten; aber wo der Zwiespalt so klaffend hervortritt, daß ein dem Gesetz entsprechendes Urteil die Richter in schwere Gewissensnot bringt, da greifen sie eben doch gerne zu dem Ausweg der völligen Freisprechung, den ihnen der Grundsatz, daß im Zweifel zugunsten des Angeklagten zu entscheiden ist, offen läßt. So erlebt man es häufig bei Anklagen wegen Mordes, wo im Falle der Beurteilung nur Todesstrafe zulässig ist, daß die Verteidiger es ablehnen, die Stellung einer Hilfsfrage auf Todesstrafe, bei deren Bejahung Zuchthausstrafe möglich wäre, zu beantragen; sie wissen, daß bei einigermaßen zweifelhafter Sachlage die von ihnen eingehaltene Taktik sehr

Auch auf die sonstigen Bedenken, die sich gegenüber leicht zur völligen Freisprechung des Angeklagten führt, dem Entwurf aufdrängen, soll hier nicht eingegangen sein, obgleich es einem Richter schwer fällt, die auffallenden Widersprüche, in die er sich zu den wichtigsten, bei allen Kulturvölkern anerkannten Grundsätzen des Strafrechts setzt, nicht hervorzuheben. Es mag von anderer Seite geschehen. Aber zu dem Versprechen, das der Reichsjustizminister bei der Anklage des Entwurfs abgab, und das dahin ging, daß das Gesetz gegen Verfehlungen, die von den links stehenden Gegnern der Verfassung kämen, nicht angewendet werden solle, muß Stellung genommen werden. Das Wort klingt gerade aus dem Munde eines Justizministers, dem doch der gerechte Vollzug der Gesetze besonders anvertraut ist, so ungeheuerlich, daß man einen Irrtum der Berichterstattung annehmen möchte; es ist aber gleichmäßig in Blättern ver-

schiedener Richtung wiedergegeben worden. Wenn es wirklich gefallen ist, stellt es wohl die schlimmste Entgleisung dar, die einem Justizminister jemals zugefallen ist. Soll wirklich, wenn beispielsweise der frühere Reichswehraminister Koste in einer Versammlung von Monarchisten als Verräter, in einer Versammlung von Kommunisten als Mörder beschimpft wird, nur der erste Redner zur Strafe gezogen werde, der zweite aber nicht? Ein solches Vergehen schlägt jedem Gerechtigkeitsgefühl ins Gesicht. Es wäre für jeden Staatsanwalt eine schwere Pflichtverletzung, wollte er gegenüber der Vorschrift, daß jede vom Gesetz mit Strafe bedrohte Handlung zu verfolgen ist, einen solchen Unterschied machen; nicht minder für jeden Richter, wollte er in seinem Urteil diesen Weg einschlagen. Aber auch für den Gesetzgeber wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wollte er einen solchen Unterschied im Gesetz festlegen. Soll die Republik geschützt werden — daß darunter nur die durch die Verfassung festgelegte Staatsform verstanden werden kann, soll ja nun im Gesetz ausdrücklich gesagt werden, obgleich es sich von selbst versteht — so müssen die Strafrohungen jeden, der sich dagegen verfehlt, gleichmäßig treffen, welcher Partei er auch angehöre. Ein Gesetz, das anders verfügte, trankte an einem inneren Widerspruch und müßte an ihm zugrunde gehen.

Die Gleichheit vor dem Gesetz ist nur dann verbürgt, wenn das Gesetz von Gerichten zur Anwendung gebracht wird, die es kennen und die entschlossen und gelübt sind, die einzelnen Fälle nicht nach wechselndem Gefühl, sondern unter Beachtung der gegebenen Vorschriften zu entscheiden. Darum steht mit diesem Grundsatz in engem Zusammenhang der andere, daß niemand sein in gesellschaftlichen Richtern entzogen werden darf, und daß Ausnahmegerichte unstatthaft sind. Ueber die Vorwürfe will sich das Gesetz zum Schutze der Republik hinwegsetzen; es soll ein besonderer Staatsgerichtshof zur Aburteilung der Verfehlungen gegen seine wichtigsten Vorschriften gebildet werden. Das mag zulässig sein, gut ist es keinesfalls. Es wird behauptet, daß die ordentlichen Gerichte nicht hinlänglich verlässig seien. Das ist ein übles Wort. Es ruft Erinnerungen wach an eine ähnlich lautende Aeußerung Bismarcks, die in der Zeit des Sozialistengesetzes fiel, und die ihm damals, obwohl es sich nur um eine Answaltung des Unmuts handelte, mit Recht schwer verdacht wurde. Politik und Rechtspflege dürfen nicht vermengt werden; eine Rechtspflege, die sich durch politische Erwägungen bestimmen läßt, verdient ihren Namen nicht. Zu einer solchen kommen wir aber, wenn für die Auswahl der Richter ihre Zugehörigkeit zu politischen Parteidirectionen entscheidet. Daß für die Besetzung des Staatsgerichtshofes solche Gesichtspunkte maßgebend sein sollten, wurde bei der Einbringung des Gesetzentwurfes offen zugegeben. Das ist der Anfang vom Ende einer geordneten Rechtsprechung.

In der Zeit, da Eisner in Bayern an der Spitze des Ministeriums stand, wurde im provisorischen Nationalrat über die Bildung eines Nationalgerichtshofes verhandelt, der, wie nun der Staatsgerichtshof, mit politischen Richtern besetzt werden sollte. Ich warnte damals vor einem solchen Vorgehen und bat zu bedenken, welche Empörung es hervorgerufen hätte, wenn im Februar 1918 die Verfehle, einen Generalstreik einzuleiten, einem nur mit Offizieren besetzten Ausnahmegericht zur Aburteilung überwiesen worden wären. Auch darauf wies ich hin, daß andere Zeiten kommen könnten, und daß dann die Politisierung der Rechtspflege sich an den Parteien, die sie eingeleitet hätten, böß rächen würde. Ich predigte tauben Ohren. Das Gesetz wurde angenommen; in Tätigkeit trat der Nationalgerichtshof allerdings nicht. Auch jetzt hat es den Anschein, als könnten sich die Stimmen, die zur Ruhe und Besonnenheit mahnen, kein Gehör verschaffen und solle dem Gesetz der Stempel politischer Leidenschaft aufgedrückt werden. Es gereichte der deutschen Gesetzgebung nicht zum Ruhm, wenn es so käme. Das sollten jene bedenken, die berufen sind, dem Gesetz sein Gestalt zu geben. (M. N. N.)

Graf Verchenfeld über die Haltung Bayerns.

München, 10. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld hatte mit dem Münchener Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Unterredung über die politischen Ereignisse der letzten Tage. Graf Verchenfeld betonte, wogegen sich Bayern aufschärfte, wenn man müsse, sei das von der Reichsregierung befohlene Verfahren, ohne jede Fühlung mit den Ländern von einer Stunde auf die andere Bestimmungen zu treffen, die tief in die verfassungsmäßigen Rechte eingreifen. Die letzten Ereignisse im ganzen Reich hätten gezeigt, daß verschiedene Kräfte am Werke sind, die Wiederkehr von Mord und Gewalttaten zu verhindern. Dagegen machten sich unitarische Strömungen im Reichskabinett geltend, die unter dem Vorwand einer notwendigen, zentralen und straffen Leitung alles in der Hand der Reichsregulativ bringen wollen. Damit zusammen hängt der Plan einer Kriminalpolizei, der den Ländern einen wichtigen Teil der Polizeihöhe nehmen würde. Schon aus diesem Grunde sind die Vorschläge für Bayern undisputabel. Bayern sieht hierin einen Vorstoß der Linksparteien zur Ausschaltung der Polizeimacht. Das Ziel der bayerischen Regierung sei klar: Negativ bestimme es in der Verhinderung jeder Gewalttat gegen die Verfassung, sowie jeder verleumderrischen Hege in der Öffentlichkeit, positiv aber gehe die bayerische Regierung weiter. Sie will die Achtung vor der Staatsautorität und die Sammlung aller im besten Sinne demokratischen Elemente des Volkes. Deshalb ist sie gegen jeden Zwang und jede unangehörte Beschneidung der persönlichen Meinung und Gesinnung mit allen verfassungsmäßigen Mitteln. Der Fall Leoprechting habe bewiesen, daß Kräfte am Werk sind, um das Deutsche Reich zu verschlingen. Auch die Meinung, daß Bayern der Hort der Reaktion sei und daß hier der bewaffnete Revanchekrieg vorbereitet werde, dürfe sich nicht im Auslande festsetzen. Sei doch die bayerische Regierung stets bestrebt gewesen, auf moralischer Grundlage, eine Besserung der außenpolitischen Lage und eine vernünftige Revision unerfüllbarer Verträge herbeizuführen.

Auf die Frage: Glauben Sie noch an einen Ausgleich dieser Frage zwischen Bayern und dem Reich, erwiderte der Ministerpräsident: „Bayern wird mit allen verfassungsmäßigen Mitteln versuchen, daß die jetzt zur Beratung stehenden Vorschriften eine vom Standpunkt der linken Staatlichkeit, der in der Weimarer Verfassung die alten Rechte und der politischen Moral bezeugende Fassung erhalte, und wird da es nicht an der Grundidee der Bundesgesinnung und von der letzten Grundidee des großen Bismarck, die die feste Grundlage des Deutschen Reiches sind, vorgehen. Ich bedaure, daß ich bei den bisherigen Verhandlungen mit der Reichsregierung in dieser Angelegenheit herben Erfahrungen ausgeführt gewesen bin, die für ein Vertrauensverhältnis eine durchaus ungünstige Wirkung geschaffen haben. Möge es aber jetzt noch gelingen, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Das bayerische Volk müßte am Reiche verweigern, wenn sich ein Richter finden würde, der ihm solche Gesetze aufzudröhen würde. Gesetze, die innerlich nicht verlässig sind, verdienen diesen Namen nicht. Möchte man sich in Berlin hüten, das bayerische Volk in eine Stimmung der Verzweiflung hineinzutreiben. Das sage ich in aufrichtiger Sorge um das Reich.“

Neues vom Tage.

Der Reichskanzler an Frankreich.

Paris, 10. Juli. Havas meldet: Der Sonderberichterstatter des „Excelsior“ in Berlin fragte den Reichskanzler Birtz, was er der französischen öffentlichen Meinung in den schwierigen Verhältnissen mitzuteilen wünsche, in denen sich die Deutsche Republik gegenwärtig befinde. Der Kanzler gab folgende Antwort:

„Alle Welt muß die gegenwärtige Regierung mit allen Mitteln unterstützen, damit das deutsche Volk das Gefühl hat, daß es endlich dem Unglück entgeht. Die Staaten Deutschlands betrachten die Befestigung der Rubrik als eine große Ungerechtigkeit. Wir können nicht verstehen, daß man uns diese Befestigung weiter erlauben läßt, da wir doch immer mit allen Mitteln versucht haben, den Vertrag von Versailles zu erfüllen. Wir können daher auch unseren Gegnern keine

Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Helethusen.

64

(Nachdruck verboten)

Es war Ende September. In acht Tagen sollte Herr Brandt einziehen und Wolf die gemüthliche Wohnung des Beamtenhauses verlassen. Seitdem im Juli die Familie Bremmer endgültig aus Parnitz schied, wohnte Wolf in deren einstiger Behausung. Herr Bremmer hatte zwar eine für ihn passende Anstellung nach seiner Geneung gefunden, war aber mit bitterem Groll geschieden. Er verfehlte nicht, überall zu verbreiten, der Pastor habe ihn hier herausgedrängt, nur — um seinen Sohn in das warme Nest zu setzen.

Man litt in Parnitz unter der Kurzschichtigkeit dieses Mannes, solange er da war, und ahmete tief auf, als er endlich mit Sad und Bad abzog.

Ja — es war Ende September. Noch schien die Sonne sommerlich warm auf die in leichten Herbsttönen färbenden Buchen.

In sie hinein hatte es Wolf heute getrieben. Eigentlich gab es hier nichts für ihn zu tun — aber Abschied wollte er von ihnen nehmen. — Er nahm überhaupt täglich Abschied, wohin er sah. Erst zu Weihnachten sollte ihn ein kurzer Urlaub in das Vaterhaus zurückführen.

Er fuhr förmlich zusammen, als er Gerda sich entgegenkommen sah. Nemo sprang auf ihn zu. Wie gewohnt saß er in das weiche Fell des guten Tiers. „Ich habe dich gesucht“, sagte sie, als sie vor einander standen.

„Ist etwas vorgefallen?“ fragte er befangen, ohne selbst an diese Möglichkeit zu glauben.

Sie schüttelte den Kopf. „Man sieht dich jetzt so selten.“ sagte sie leise.

„Es wird mir so schwer, Gerda, das ist's!“

Da sie die Augen nicht von ihm wandte, geriet er in immer tieferen Seelennot.

Wieder suchte er krampfhaft sich zu verbergen und begann sogleich zu erzählen:

„Ich ritt heute morgen bei Frau Kuhstrat heran und sagte ihr Lebewohl. Das ging schmerzlos ab, denn ihre Tränen galten nicht mir, sondern dem Gerücht, daß Uhlenrode wieder verkaufen will. Man erzählt sich, daß Harfenstein eine Erbschaft machte und Lannenhof kaufen wird. Das mit der Erbschaft weiß ich schon lange. Er bat mich, darüber zu schweigen. Auch, daß er Lannenhof wohl besitzen möchte, vertraute er mir an. Glaubst du, daß Uhlenrode verkauft wird?“

Sie nickte.

„Weshalb, Gerda?“ fragte er plötzlich, alle bisherige Zurückhaltung verlassend. Da sie schweigend den Blick senkte, fuhr er leiser fort: „Bist du schuld, Gerda?“

„Ich fürchte — ja.“

Heiße Blut stieg in sein Gesicht.

„Er hat dich sehr, sehr lieb, Gerda.“

Nun legte sie ihm die Finger auf den Mund. Er zog ihre Hand herab und behielt sie in der seinen.

„Ich dachte immer, es würde ihm gelingen, sich deine Liebe zu erringen“, sagte er erlassend.

„Dachtest du das wirklich?“ Nun sah sie zu ihm auf.

„Nun ja — es lag doch nahe — weil die beiden Güter — eure Namen — gut zusammen gepaßt hätten.“

„Wolf!“ rief sie und zog die Hand aus der seinen.

„Ich mußte, ich sollte so denken, Gerda“, stieß er leidenschaftlich heraus.

Nun lächelte sie wieder. „Das war ehrlich — und nun will ich dir nicht böse sein.“

„Warst du mir böse?“ fragte er näher tretend.

„Ja, jetzt eben.“

„Ja, was sollte ich denn denken?“ Seine Augen senkten sich in die ihren.

„Daß man nur einem Menschen auf der Welt gut sein kann.“

„Sag mir, wer das ist.“ Er hatte ihre beiden Hände ergriffen und preßte sie gegen seine Brust.

Sie sah ihn selig an. „Das ist der, der mir damals um den Hals fiel, als das Wasser zum ersten Mal steigen durfte, der, den ich lieb hatte, als wir noch Kinder waren.“

„Gerda!“ schrie er auf, „ich soll dich aber nicht lieben — ich soll nicht!“

„Wer sagt das?“

„Vater.“

„Ach“, sagte sie wie erlöst, „der ist ja sehr klug und sehr gut, aber das versteht er doch nicht. Ich werde ihm das selber sagen.“

Durch die Buchen ging ein Rauschen wie ein Flüstern und Raunen. Träumten sie, oder war das ihre Art, um ein Lächeln zu verbergen. Sie sahen herab auf zwei junge Menschenkinder, die jetzt Brust an Brust geschmiegt standen und sich fest umschlangen hielten. Der große Mann dort ward nicht müde, ein Paar rosige Lippen zu küssen oder die ihn anstrahlenden Augen wie in wonnigem Schreck für kurze Zeit mit seinen Lippen zu bedecken.

„Egon hat so oft gesagt, ich sei für Parnitz notwendig wie der helle Tag, Wolf. Weißt du, was ich dann gern hinzugesetzt hätte?“

Fragend schaute er in ihre Augen.

„Und Wolf ist für uns alle ebenso notwendig wie die Sonne!“

Fortsetzung folgt.

Bestehende Antwort erteilen, wenn sie uns fragen, was wir für Deutschland getan haben. Unter diesen Umständen sei der Dollar auf 520 Mark. Die Stunde der Gefahr ist gekommen."

Neidhauser: Wer sich wies sodann darauf hin, daß er bereit ist immer bereit sein wird, sich mit Frankreich zu verhandeln. Er ist der Ansicht, daß Deutsche und Franzosen zusammenkommen müssen, um wirtschaftlich und unter den gegenwärtigen nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich gefährlichen finanziellen Verhältnissen über die Entschädigungen zu verhandeln, wobei sie jede politische Frage aus dem Spiel lassen müssen. Zum Schluß lenkte der Kanzler die Aufmerksamkeit auf die ernste Lage Deutschlands, wenn infolge Mangels an Unterstützung die demokratische Regierung umgestoßen würde. Das wäre das Zeichen für die soziale Revolution und den Bürgerkrieg in Deutschland mit allen ihren Folgen.

Ueber die Regierungsgewalt in Oberschlesien.

Eppeln, 10. Juli. Gestern vormittag 9.15 Uhr wurde die Regierungsgewalt dem deutschen Gesandten Dr. Eckert übergeben. Die französischen, englischen und italienischen Kommissare nahmen daran teil. Um 9.25 Uhr erfolgte der Klagenwechsel. Die fremden Kommissare reisten darauf ab. Ein Zwischenfall ereignete sich nicht.

Vereinigungsfeier zwischen Oberschlesien und Polen.

Kattowitz, 10. Juli. Zum 16. Juli ist in Kattowitz die große Hauptfeier der Vereinigung Oberschlesiens mit Polen geplant. Für diesen Tag sollen aus Warschau 50 Senj-Abgeordnete und Vertreter der Regierung eintreffen.

Das Schicksal der 5 Weichfeldbörfer.

Warschau, 10. Juli. Die Grenzkommission Polen erhielt gestern ein Schreiben des Vorsitzenden der Interalliierten-Kommission mit der Bitte um Unterstützung durch polnische Techniker im Einverständnis mit den Deutschen die Absteckung der Grenze langs der Weichsel auf der Linie westlich Gornice bis zur Danziger Grenze zu veranlassen. Die Weisung erfolgte auf Grund der Entscheidung des Vorkriegsgerichts. Innerhalb dieser Grenze befinden sich die Weichfeldbörfer.

Beunruhigung in London.

London, 10. Juli. Die englische Regierung hat sich eingehend mit der katastrophalen Verschlechterung des deutschen Marktkurses beschäftigt und Maßnahmen ergriffen, die notwendig zu sein scheinen, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten. Es verlautet, daß der britische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, nach London berichtet habe, daß lediglich eine große Anleihe oder ein längerer Zahlungsausschub geeignet sei, den Markkurs zu halten. Die „Central News“ berichtet aus Washington, daß die amerikanische Regierung beim britischen Botschafter angefragt habe, ob man englischerseits Mittel zur Behebung des finanziellen Zusammenbruchs vorschlagen wolle. Auch in der englischen Presse spiegelt sich die große Beunruhigung der letzten ein-wöchigen Reise wider. Verschiedentlich wird gesagt, daß der reichende Markkurs die Folge einer höchst gefährlichen moralischen Ermattung in Deutschland sei. Die „Morning Post“ meint, daß nach Ansicht der City von London die Wiederherstellungskommission ein entschiedenes Eingreifen für eine Befestigung unterstützen werde.

Württemberg.

Stuttgart, 10. Juli. (III. Musikfest des Süddeutschen Musikerverbandes.) Das III. Süddeutsche Musikerverbandsfest, das am Samstag seinen Anfang nahm, hat eine große Zahl von Musikavellen aus verschiedenen Städten Süddeutschlands hier zusammengeführt, die von den festgebenden Vereinen, dem Musikverein Stuttgart und dem Musikverein Stuttgart-Gaisburg, die beide ihr 25jähriges Jubiläum feiern können, vorgestern mittag am Bahnhof empfangen wurden und unter stotzen Märschen bei freudiger Anteilnahme der Einwohnerschaft in ihre Quartiere zogen. Um 3 Uhr nachmittag begann dann im Festsaal der Viederhalle das Wettspiel in drei Stufen, einer niederen, einer mittleren und einer oberen Stufe. Dabei waren Tänze, Märsche und Solis vom Wettspiel ausgeschlossen; meist waren es Ouvertüren, die größtenteils auch in der Uebertragung für Blasorchester einen recht guten Eindruck machten und Zeugnis von einer eifrigen musikalischen Arbeit in den einzelnen Kapellen ablegten. Abends war in der Viederhalle Festbankett, das vom Musikverein Stuttgart und Musikdirektor Stoss bewährter Leitung eröffnet wurde. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager hieß als Ehrenvorsitzender des Festauschusses und zugleich als Stadtvorstand die Gäste aus Nah und Fern herzlich willkommen und gab namentlich auch seiner Freude darüber Ausdruck, daß nicht wenige Gäste auch aus der Schweiz gekommen waren, die durch ihre Anwesenheit bekunden, daß die Musik keine Landesgrenzen kennt. Namens der Regierung begrüßte Staatsrat Dr. Hugelmaier die Festteilnehmer, während der Verbandsvorsitzende des Musikerverbandes, G. Schwarzwälder aus Heidenheim a. Br., mit einem Hoch auf die Feststadt und die deutsche Musik schloß und Eugen Metzger vom Musikverein Stuttgart für die festgebenden Vereine dankte. Am Sonntag wurde das Wettspiel fortgesetzt. Bei den Festaufführungen und gemeinsamen Musikvorträgen, die der Nachmittag brachte, hielt Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager die Festrede. Abends schloß sich die Verteilung der Preise an.

Das Wettspiel-Ergebnis stellt sich wie folgt dar. Es wurden preisgekrönt: I. Von den Verbandsvereinen a) Oberstufe: Schwab. Gmünd mit 120 1/2 Punkten einen Ia-Preis, Gahlenberg mit 111 Pkt. einen Ia-Preis, Ebingen mit 96 Pkt. einen Ib-Preis, Zuffenhausen mit 96 Pkt. einen Ib-Preis; b) mittlere Stufe: Bödingen mit 112 1/2 Pkt. Ia, Großenlochingen mit 101 1/2 Punkten Ia, Schorndorf mit 94 Pkt. Ib, Redargortach mit 83 Pkt. Ib, Dürrenz-Mühlader mit 74 Pkt. Ic, Waiblingen mit 72 Pkt. Ic, Böblingen mit 54 Pkt. Ia, Oberbofelo mit 52 Pkt. Ia, Unterhausen mit 51 Pkt. Ib und Neuffen mit 41 Pkt. Ib; c) niederen Stufe: Stuttgart-Wangen mit 101 1/2 Pkt. einen Ia-Preis, Oberbofelo mit 96 Pkt. Ia, Harmonie-Cannstatt mit

90 Pkt. Ia, Eutingen-Nachalm mit 73 Pkt. Ib, Weinungen mit 65 1/2 Pkt. Ib, Badnang mit 63 Pkt. Ib, Ohmenhausen mit 59 Pkt. Ib, Klein-Warbach mit 58 Pkt. Ib, Gemmingen mit 48 Pkt. Ia, Westhausen mit 46 Pkt. Ia, Kornwestheim mit 40 1/2 Pkt. Ia, Korb mit 39 Pkt. Ia, Kirchheim-Neckar mit 37 1/2 Pkt. Ib, Bietigheim mit 37 1/2 Pkt. Ib, Lauchheim mit 35 Pkt. Ib und Milingen mit 33 Pkt. Ib. II. Nicht-Verbandsvereine a) Oberstufe: Je einen Ia-Preis Wädenswyl mit 130 Pkt., Winterthur mit 123 Pkt., Weiskon-Fürich mit 117 1/2 Punkten und Tutlingen mit 102 Punkten; b) mittlere Stufe: Wiedernum je einen Ia-Preis Dinstellingen mit 89 1/2 Pkt., Weinselden mit 79 1/2 Pkt. und Freiweg Cannstatt mit 78 1/2 Pkt. III. Ehrenkapellen: Musikverein Stuttgart mit 129 Pkt. und Musikverein Stuttgart-Gaisburg mit 112 Punkten je einen Ia-Preis. Als Preise standen Diplome und goldene Medaillen mit Widmung, sowie eine größere Zahl silberne Pokale verschiedener Größe zur Verfügung. Auch die nicht preisgekrönten Vereine erhielten dann noch zur Erinnerung an das Fest goldene Medaillen verabsolgt.

Württemberg. Die 1. Vorstellung der nächsten Spielzeit und damit auch die erste Vorstellung der Theatergemeinde (Serie 1) findet am Freitag, den 1. September statt.

Württemberg. Kunstgewerbeschule. Die Württ. Kunstgewerbeschule zählt im laufenden Sommerhalbjahr 366 Schüler.

Geislingen, 10. Juli. (Goldene Hochzeit.) Der Schreiner Georg Vogt und seine Frau Maria, geb. Hübler, konnten gestern das Fest ihrer goldenen Hochzeit feiern. Der Jubilar, der im Alter von 79 Jahren steht, war früher 30 Jahre lang in der Württ. Metallwarenfabrik tätig. Staatsregierung und Bischof Dr. von Keppeler sandten dem Jubelpaar Glückwünsche.

Gaildorf, 10. Juli. (Seinen Verletzungen erlegen.) Der 23jährige Wirtsohn Heinrich Kaun von Neipersberg, der vor einigen Tagen beim Holzaufschlagen in Oberstetten mit dem etwa 23jährigen Dietrich vom Spielhof nach Streithändeln mit einem Gabelmaß schwer verletzt wurde, ist im hiesigen Bezirkskrankenhaus an seinen Verletzungen gestorben.

Konstanz, 10. Juli. (Geländete Leichen.) Die bei dem Unglück auf dem Spinnadelweber bei Salem ertrunkenen Personen sind nunmehr festgestellt, da die Leichen geländete wurden. Es handelt sich um den Guts-pächter Götz, dessen 13jährigen Sohn, den Praktikanten Schöppel aus Brechingen, sowie den 21jährigen Dienstknecht Dwe aus Meßkirch.

Baden.

Karlsruhe, 10. Juli. (Todesfall.) Kurz vor Vollendung seines 80. Lebensjahrs ist der bekannte Landschafts- und Historienmaler Prof. Ferdinand Keller, geb. am 1. März 1838 in Karlsruhe, gestorben.

Heidelberg, 10. Juli. (Badisch-schweizerische Oberheinderhandlungen.) In den letzten Tagen tagten in Heidelberg die Vertreter Badens und der Schweiz in der Frage der Oberheinderkraftwerke und der Schiffbarmachung des Oberrheins zwischen Konstanz und Basel. Die Verhandlungen bezogen sich hauptsächlich auf die Feststellung der Verteilungsbefugnisse für die Rheinkraftwerke bei Niederschwarzwald, Dogern und Kelling, für welche das wasserpolizeiliche Verfahren im Gange ist. Der Inhalt dieser Urkunden wurde sowohl von der Kommission als auch unter Anhörung der Vertreter der Geschädigten eingehend erörtert. Die Grundlagen für die Finanzierung der genannten Werke und die Bearbeitung der Einzelentwürfe sind nunmehr gegeben.

Mannheim, 10. Juli. (Einweihung.) Das neue Mannheimer Krankenhaus ist am Samstag vormittag in Gegenwart zahlreicher geladener Gäste feierlich eingeweiht worden. Das neue Krankenhaus liegt etwa 2 Kilometer vom Mittelpunkt der Stadt entfernt und hat in 273 Krankenzimmern Platz für 1140 Kranke. Mit dem Bau, der viele Millionen gekostet hat, war im Januar 1913 begonnen worden. In technischer und hygienischer Hinsicht wurde bei dem Bau die höchste Leistungsfähigkeit erreicht.

Mössen, 10. Juli. (Diebstahl.) In Oberschlesien bemerkte man, als man zu einer Übung der Feuerwehrt die Spritzen benutzen wollte, daß alle Messingteile derselben gestohlen worden waren.

Singen a. S., 10. Juli. (Volksfestspiele.) Auf dem Hohentwiel haben die Proben zu den im Rahmen der Hohentwiel Volksfestspiele (15. Juli bis 21. August) stattfindenden Aufführungen von Schillers „Braut von Messina“ und Gerhart Hauptmanns „Verunkeltes Blut“ begonnen, die unter Mitwirkung von ersten Mänschen und Schweizer Künstlern auf einer herrlichen Freilichtbühne vor sich gehen. Durch das Ausschneiden des Spielleiters Walter Fests, der sich aus grundsätzlichen, künstlerischen Gründen von seiner Vertragsverpflichtung hat entbinden lassen, mußte leider von Hoffmanns als Spiel „Jedermann“ vom Spielplan abgesetzt werden.

Freiburg, 10. Juli. (Brand einer Pfadfinderhütte.) Die herrlich gelegene Hütte der hiesigen Pfadfindervereinigung am Mathisler Weiher bei Hintergarten wurde ein Raub der Flammen. Das gesamte Gebäude fiel dem Feuer zum Opfer.

Zimmendingen, 10. Juli. (Die Donaueisenerzeugung.) Die seit kurzem wieder eingetretene Vollerzeugung der Donau bringt nach Zimmendingen täglich Besucher, die die merkwürdige Naturerscheinung beichtigen. Infolge der anhaltenden Trockenheit ist das Bett auf langer Strecke gut begehbar. Sehr rasch ist auch in diesem Jahr das angefallene Ras durch die Lebewelt, durch Krähen und Insekten aufgeräumt worden und nur die abgehorbenen, übrigens spärlichen Wasserpflanzen verbreiten einen gewissen unangenehmen Geruch.

Zimmendingen, 10. Juli. (Brand.) Die in der Nähe des Bahnhofs gelegene Brenneret von Lambert

brannte bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden ist sehr beträchtlich, die Entstehungsbursache ist unbekannt.

St. Blasien, 10. Juli. (Ehrenbürger.) Anlässlich seines silbernen Priesterjubiläums ist Stadtpfarrer Lamy hier zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden.

Konstanz, 10. Juli. (Geländete Leichen.) Die bei dem Unglück auf dem Spinnadelweber bei Salem ertrunkenen Personen sind nunmehr festgestellt, da die Leichen geländete wurden. Es handelt sich um den Guts-pächter Götz, dessen 13jährigen Sohn, den Praktikanten Schöppel aus Brechingen, sowie den 21jährigen Dienstknecht Dwe aus Meßkirch.

Mutmaßliches Wetter.

Für Mittwoch: Der Luftwirbel im Norden zieht nordostwärts über Skandinavien ab. Ueber Frankreich, Deutschland und Polen befindet sich ein Hoch hoher Drucks. Störungen werden bei warmer bis schwüler Temperatur wechselnde Bewölkung und vereinzelte gewitterhafte Niederschläge veranlassen.

Vermischtes.

Ein unbekanntes Schauspiel Nathenaus. Es ist bisher wohl kaum irgendwo bekannt, daß Walter Nathenaus schriftstellerische Betätigung bereits im Jahre 1887 mit der Niederschrift eines zweiaktigen Schauspiels „Fanché Trocard“ begonnen hat. Dieses Schauspiel im Jahre seiner Drucklegung 1887 von dem damaligen stud. phil. Walter Nathenaus in Straßburg verfaßt. Spielt in Westfrankreich in dem gemeinschaftlichen Landhaus der Familien Trocard und Rozan. Ist ein in ruhigem Konversationsston gehaltenes Salonstück, das einen Konflikt zwischen den beiden genannten Familien darstellt, ohne daß es dabei gerade zu aufregenden Szenen kommt. Interessant ist es, daß mit besonderer Unterbreitung Nathenaus zweimal die Mode als eine demokratische Institution bezeichnet. Der Verfasser hat damals das Schauspiel in mehreren Abdrucken des Frankfurter Schauspielhauses eingereicht, das ihm ja besonders nahestand, da er seine Schulbildung im Wöhler-Realgymnasium zu Frankfurt am Main genossen hatte. Der dazugehörige Brief ist samt einem Exemplar des Buches auf der Frankfurter Stadtbibliothek vorhanden. Nathenaus bemerkt in dem Brief worin er um Prüfung des Stückes hinsichtlich seiner Aufführbarkeit ersucht, daß es sich um seine erste im Druck erschienene Arbeit handle, und daß er deshalb um Verschwiegenheit bezüglich seiner Verfälschung bitten müsse. Es scheint, daß dieses Jugendwerk des später als Schriftsteller, Industrieller und Staatsmann so produktiven Verfassers das Schicksal vieler Manuskriptentwürfen an Bühnen erlitten hat, daß es nämlich gar nicht eifert wurde. Von dem vorhandenen Exemplar sind nur wenige Seiten aufgeschritten, und der Brief macht den Eindruck, als ob er kaum von jemand weiter beachtet oder gelesen worden wäre.

Das neue Schlossmuseum in Dresden. Die seit 1916 ungenutzten Innenräume des Schlosses sind jetzt dem Publikum geöffnet worden. Professor Hänel, der Leiter des historischen Museums, hat die Ordnung und Neuaufstellung durchgeführt. Danach stellt sich nach der „Kunstchronik“ das Ganze wieder ungefähr so dar, wie es vor 1918 war. Es handelt sich um die Fest- und Empfangsräume im zweiten Obergeschoß. Ihre Höhepunkte finden diese 32 Räume in dem Vorzellan und in dem Chambre de lit und dem Thronsaal. Außer dem Starke. Darzwischen schieben sich Räume von sehr verschiedener Gestaltung. Einiges, wie der große Ballsaal und der große Bankettsaal, die von Wendemann ausgemalt sind, gehört ganz dem 19. Jahrhundert an, anderes zeigt alte Innenarchitektur neben Ergänzungen des 19. Jahrhunderts. Von den Einrichtungsgegenständen fallen besonders schöne Serien französischer Teppiche und eine Folge von Reiterportraits Dresdener Arbeit auf. Prachtvolle Augsburg'sche Silberarbeiten enthält der alte Thronsaal. Unter den zahlreichen Uhren sind französische Arbeiten des 18. Jahrhunderts, unter den Möbeln manche edle Rokoko- und Louis XVI.-Stücke. Japanische Ladararbeiten finden sich mehrfach. Unter den Gemälden überwiegen ältere und neuere Bildnisse der Wettiner und mit ihnen verschwägerter Fürstentümer. In vielen Räumen befinden sich Bilder italienischer, französischer und deutscher Maler des 18. Jahrhunderts, besonders solche von Silvestre und Canaletto.

Die Durchquerung von Reuginea. Die holländische Forschungsarbeit in Reuginea, die bei Beginn des Weltkrieges abgebrochen wurde, ist jetzt wieder in Angriff genommen worden, und hat sofort zu einem glänzenden Erfolge geführt. Oberst Kremer hat den 4750 Meter hohen schneebedeckten Wilhelm-Gipfel bestiegen, und zwar von Norden her vom Flusse Mamberamao aus. Da der Gipfel von Süden her, vom Vorensfluß aus, bereits im Februar 113 von Kapitän A. Franzen Herderschnee erreicht worden ist, so ist die Insel, an verschiedenen schmalen Stellen bereits durchquert, jetzt auch an einer breiteren Stelle durchschritten worden. Kremer hat, wie Petermanns Mitteilungen berichten, die Hauptkette über einen 4100 Meter hohen Berg überstiegen, das Vorgelände hat er zum Teil gut beblickt gefunden.

Ein Schädlings des Kaffeebaums. Der Kaffeebeerentläser bedroht die Kaffeekultur Niederländisch-Indiens, und es ist bisher nicht gelungen, wirksame Mittel zu seiner Bekämpfung zu finden. Nunmehr ist ein deutscher Gelehrter mit der Aufgabe betraut worden, den gefährlichen Käfer unschädlich zu machen. Es handelt sich um den früheren Kolonialbeamten in Samoa, Privatdozenten für angewandte Zoologie an der Universität Kopenhagen, Dr. A. Friederichs, der unter gleichzeitiger Ernennung zum außerordentlichen Professor für mehrere Jahre nach Niederländisch-Indien beurlaubt wurde. Als Arbeitsstätte ist ihm die Versuchsanstalt in Malang auf der Insel Java angewiesen worden.

Ein neues Düngemittel. Direktor Dr. Anton Messerschmidt, Wachen, hielt auf der Hamburger Tagung der deutschen Chemiker einen bemerkenswerten Vortrag über die Herstellung eines basischen Phosphatdüngemittels durch Zusammenschmelzen von Kalkphosphat mit Alkalisulfaten, die Wolters vor 25 Jahren

versucht hatte, die aber an technischen Schwierigkeiten gescheitert war. Dem Vortragenden gelang die Herstellung eines basischen Alkaliphosphorsäurebindemittels mittels eines Sinterprozesses bei Weißglut im Dreh- und Schachtöfen, wobei als Alkaliträger anstatt der aus Soda hergestellten Alkalisulfate ein sehr billiges Rohmaterial, alkalihaltige Gesteine sich als brauchbar erwiesen. Hierzu wird der Phosphat aus dem Prothit in der Eifel, ein vulkanisches Gestein mit 9 v. H. Kali und 8 v. H. Natron, verwendet, dessen Kaligehalt durch den Prozeß gleichzeitig aufgeschloffen wird und einen wertvollen Nebenbestandteil des neuen Düngemittels darstellt. Das neue basische Alkaliphosphorsäurebindemittel, nach seiner Herstellerin, Rhénania, Verein chemischer Fabriken zu Aachen, Rhénaniaphosphat genannt, ist in schwachen organischen Säuren und Kohlensäure löslich. Es enthält schnell wirksame Phosphorsäureverbindungen, was in der schnellen Jugendversorgung der Pflanze und in der gleichbleibenden Wirkung unabhängig von der Reaktion des Bodens zum Ausdruck kommt. Zuerst während des Krieges in Ostbrüggen in Belgien und Diesdorf in Lothringen hergestellt, wird es jetzt in zwei großen deutschen Fabriken, zu Brunsbüttelkoog und Porz, hergestellt mit einer Leistungsfähigkeit von 150 000 Tonnen jährlich.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 11. Juli 1922.

Verhaftung. Gestern abend gelang es der hiesigen Polizei, einen internationalen Gauner und Schwindler zu verhaften. Der Verhaftete nennt sich Lindner und hat hauptsächlich bei Familien aus der Schweiz durch betrügerische Angaben Geld zu erschwindeln ver sucht. In zwei Fällen ist es ihm hier gelungen, während er beim dritten Fall verhaftet wurde. Schon im Mai dieses Jahres hat er hier manövriert, ohne daß es möglich war, ihn gleich festzusetzen.

Die Teuerung im Juni 1922. Die nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts über den Aufwand der Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Indexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juni auf 3779 gestiegen gegenüber 3462 im Monat Mai. Die Steigerung beträgt demnach 9,2 Prozent gegen 9 Prozent vom April zum Mai. — Die Ernährungskosten haben sich in ungefähr gleichem Maße wie die Gesamtausgaben erhöht (um 9,4 Prozent). Die Reichsindexziffer für Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats Juni auf 5119. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist hauptsächlich durch wesentliche Preiserhöhungen für Nahrungsmittel (Fleisch, Fett, Zucker, Eier und Milch) verursacht. Auch Brennstoffe sowie Gas und Elektrizität sind überall teurer geworden. Andererseits haben sich die Kartoffeln (alte Ernte) wesentlich verbilligt. Die Preiserhöhungen infolge der neuerlichen Salutaverslechterung kommen in der Indexziffer für Juni noch nicht zum Ausdruck. In den mittleren und kleineren Städten zeigt sich diesmal meist ein stärkeres Fortschreiten der Teuerung als in den Großstädten.

Eine wohlthätige Erfindung. Wie die „Konstanzer Ztg.“ berichtet, soll der Werkmeister Emil Schreiber in Konstanz eine Vorrichtung erfunden haben, die den durch die Kraftwagen aufgewirbelten gefährlichen Staub vom Wagen selbst ausfängt. An den hinteren Rädern des Wagens

werden nämlich fast bis zum Boden reichende Saugrömpfen angebracht, die einen durch die Wogenerschütterung in Tätigkeit gesetzten Geleithobel besitz en und mit einer durch Treibriemen in Bewegung gebrachten Saugtrommel verbunden sind. Von der Trommel wird der angesaugte Staub in einen unter dem Wagen befindlichen Behälter geleitet und hier entweder von Hand oder selbsttätig nach Aufnahme von 15 Kilo Staub entleert. Die Vorrichtung ist bis jetzt in stande, etwa die Hälfte des aufgewirbelten Staubs aufzunehmen, immerhin schon eine ansehnliche Besserung zum Bessern. Die Erfindung ist bereits im In- und Ausland patentiert.

Lezte Meldungen.

Ein Demonstrationserbot.

Hannau, 10. Juli. Infolge der in Besterbach, Kreis Gelnhausen, bei den am 4. Juli stattgefundenen Demonstrationen erfolgten Ausschreitungen, sind auf Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau alle Demonstrationssammlungen auf öffentlichen Plätzen und Straßen, von welcher politischen Gruppe und Partei sie auch beabsichtigt sein mögen, bis auf weiteres im Kreis Gelnhausen verboten worden. In der amtlichen Bekanntmachung wird angeführt, daß der Oberpräsident Maßnahmen für den Kreis Gelnhausen veranlaßt habe, die die Durchführung dieses Verbots unter allen Umständen sicher stellen.

Entscheidung im Haag?

Paris, 10. Juli. Der heutige Tag wird für die Haager Konferenz nach den französischen Zeitungen eine Entscheidung bringen. Ein Bericht des Sonderberichterstatters der Agentur Havas kündigt an, daß die französische Delegation zweifellos im Laufe der heutigen Sitzung erklären werde, die französische Regierung erwarte die Teilnahme ihrer Vertreter an der Konferenz nicht für möglich, wenn die Sowjets ihre Haltung nicht ganz gründlich ändern werden. Die Sowjet-Abordnung hätte in allen ihren Äußerungen und Ausführungen einen Standpunkt vertreten, der sich mit den in den französischen Memoranden vom 1. bis 12. Juli festgelegten Prinzipien nicht vereinbaren lasse. Das Echo de Paris glaubt zu wissen, daß Herr Poincaré gestern an die Delegation im Haag dementsprechende Instruktionen gegeben habe.

Handel und Verkehr.

Landesproduktionsbüro Stuttgart, 10. Juli. Durch die erneute starke Entwertung unseres Geldes sind alle Artikel weiter im Preise gestiegen: Händler und Müller bekunden große Zurückhaltung. Mit dem Schnitt der Wintergerste wurde in voriger Woche begonnen. Die heute notierten Preise sind nur als nominell zu betrachten. Wir notierten per 100 Kilogr. ab württ. Stationen: Weizen württ., je nach Lieferzeit 2400 bis 2450 Mk., Hafer 2000—2050 Mk., Weizenmehl Nr. 0 3500—3550 Mk., Brotmehl 3200—3250 Mk., Kleie 1300 Mk.

Stuttgart, 10. Juli. (Ostmarkt.) Die Zufuhr auf dem hiesigen Obstgroßmarkt nimmt zu. Neben Äpfeln kommen jetzt auch Heidelbeeren und Johannisbeeren in größeren Mengen. In Stachelbeeren bleibt infolge geringer Ernte die Zufuhr bescheiden. Die ersten Glasbirnen und die ersten weißen Alava-Äpfel erzielten Preise von 12—15 Mk.; für die ersten Freilandpfirsiche wurden 25—30 Mk. per Pfund bezahlt. Auf Grund der neuen Verfügung der Stadtverwaltung, daß auf dem Großmarkt der Einkauf von Obst durch den Groß-

handel zum Zweck der Verarbeitung und zum Versand nach auswärts vor 9 Uhr nicht zulässig ist, konnte heute die Kontrolle wirksam einsetzen. Die Ueberführung beim Einkauf macht besserer Ueberlegung Platz. Der Gemüsemarkt hat sehr reichliche, stetig teilweisse abwärts neigend. Im Kleinhandel wurden bezahlt für Gartenerdbeeren und Himbeeren 20—27 Mk., für Stachelbeeren 11—18, Johannisbeeren 11—15 Mk., Heidelbeeren 16—18 Mk., Süßkirschen 8,50—14, Äpfel, Weicheln 9—12 Mk., Kartoffeln 1,80—2 Mk. pro Pfd. Kopfsalat 1,20—1,60 Mk. pro Stück, Blumenkohl 7,50 bis 28 Mk., Kopfkohl 1,20—2,50 Mk. pro Stück.

Dollarkurs am 10. Juli 527,83 Mark.

Der amtliche Goldankaufpreis. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 10. bis 17. Juli d. J. zum Preise von 1700 Mk. für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Reichsilbermünzen bis auf weiteres zum 40fachen Betrage des Nennwertes.

Stuttgarter Börse. Ueber den Sonntag sind bei den Banken eine solche Menge von Kaufaufträgen eingegangen, daß an der heutigen Börse für die Aktien jeder Preis bezahlt worden ist. Kurssteigerungen von über 200 Proz. waren keine Seltenheit. Es ist übrigens verständlich, wenn man den Wert der Aktien vergleicht mit dem andauernden hohen Stand des Dollars, welcher nach Ansicht von Berliner Großfinanziers in dieser Woche noch weiter steigen wird. — Im Freiverkehr ging es ebenfalls sehr lebhaft zu, doch hatte man hier den Eindruck, als ob Gewinnrealisationen schon sehr stark zum Ausdruck kämen, so daß hier die Kurse nicht in dem Maße in die Höhe gingen.

Mehlpreise für Mehl. Wegen der schwankenden Devisenbeurteilung ist die Süddeutsche Mühlenvereinigung von jetzt ab keine festen Preise, sondern nur noch Richtpreise fest. Zunächst wurde der Preis für Weizenmehl Spezial 0 um 150.— Mk. auf 3400.— Mk. pro Doppelzentner weiter erhöht.

Unser Garten im Juli

Die beste Zeit des Jahres ist für den Garten gekommen. Er steht in üppiger Entwicklung, denn das Wetter konnte man sich gar nicht besser wünschen. Gießen, Jäten, Hacken und Jandern sind die hauptsächlichsten Arbeiten des Gemüsegartens, damit alle Blattgemüse ungehindert weiter wachsen und vor allem auch die starkwüchsigen Winterkohlrarten keinen Mangel leiden. Jeer gewordene Beete können noch mit Frühkohlrabi, Grünkohl, Sellerie und Porree bepflanzt oder bis Mitte des Monats auch mit einer frühen Sorte Buschbohnen besät werden. Wer leere Stellen im Garten hat, kann sie auch mit Wintererbsen bepflanzen oder mit Kopfsalat, der allerdings bei trockenem Wetter leicht auswächst. Bei den Kohlrarten stellt sich der Kohlweißling zur Ablage seiner gelben Eierhäufchen ein. Wer sie rechtzeitig zerdrückt, beugt der Raupenplage vor. Die abgetragenen dreijährigen Erdbeerpflanzen werden ausgerottet und durch eine Neupflanzung im Herbst ersetzt. Von reichtragenden Pflanzen müssen die besten Ableger gesammelt und zur fräftigen Entwicklung auf ein besonderes halbhartiges Beet verlegt werden. Von den Himbeerstöcken werden nach der Ernte die abgetragenen Ruten entfernt und nur die fräftigsten Neutriebe stehen gelassen. Alle Beerensträucher vertragen nach der Ernte eine wiederholte Jauchebüngung recht gut, damit sich die Fruchtaugen für die nächstjährige Ernte entwickeln können. Fallobst muß aufgelesen und beseitigt werden, damit nicht die Obstmade sich verpuppen kann.

Bad Wildbad.

Vorschriften über die Fremden-Wohnsteuer.

1. Vom 1. Mai 1922 ab erhebt die Stadt Wildbad von allen sich nur vorübergehend hier aufhaltenden Personen eine Fremdenwohnsteuer von 10 Prozent des Mietentgeltes, wenn das Entgelt für den Tag oder die Uebernachtung 5 Mk. oder mehr beträgt.

2. Die Steuer haben zu entrichten Hotels, Gasthäuser, Fremdenheime, Pensionen, sowie Personen aller Art (auch Privat-Personen), die Wohn- und Schlafräume zur Beherbergung für vorübergehenden Aufenthalt an Fremde, Kurgäste und Pessanten abgeben.

3. Die Steuer ist für jeden Tag oder für jede Uebernachtung und für jede Person nach dem für das Zimmer oder die Wohnung festgesetzten oder zu berechnenden Tagespreis zu entrichten.

Abzüge für Bedienung und sonstige Nebenleistungen wie Heizung, Beleuchtung, Bad, Hotelwagen u. s. w. dürfen nicht gemacht werden.

Ist für die Beherbergung und die Beköstigung ein Gesamtentgelt [Pensionspreis] vereinbart, so kann für die Beköstigung ein angemessener Teil und zwar höchstens bis zu 80% des Pensionspreises abgezogen werden.

4. Die Steuer ist mit dem Mietpreis oder Pensionspreis zur Zahlung fällig und vom Vermieter mittelst Steuermarken [Z. 5] zu entrichten. Der Vermieter ist berechtigt, die Steuer dem Mieter gesondert in Rechnung zu stellen und von ihm mit dem Mietpreis oder Pensionspreis einzuziehen. Der Mieter haftet für die Steuer.

5. Die Erhebung der Steuer erfolgt zur Vereinfachung durch Verwendung von Steuermarken unter Abrundung nach unten auf ganze oder halbe Mark. Die Steuermarken sind vom Vermieter bei der Stadtpflege zu erwerben, jeder Rechnung über Mietzinse oder Pensionspreise in der Höhe der zu entrichtenden Fremdenwohnsteuer aufzukleben und vom Vermieter durch Beisetzung des Datums zu entwerfen.

Steuerbeträge unter 50 Pfennig werden nicht erhoben.

6. Ueber Steuerpflicht, Steuernachlaß, Steuerbefreiung, Anmeldungspflicht, Anwendung der Reichsumsatzsteuervorschriften gelten im Uebrigen die Vorschriften der Min.-Verf. vom 26. Mai 1920 betr. die Fremdenwohnsteuer [Reg.-Bl. 314].

Die Hinterziehung der Steuer wird mit einer Geldstrafe bis zum zehnfachen Betrag der hinterzogenen Steuer bestraft. Die Steuer wird unabhängig von der Bestrafung eingezogen.

In Jedem der Fremdenbeherbergung dienenden Gebäude ist ein Abdruck dieser Steuer-Vorschriften an einer für Jedermann ersichtlichen Stelle anzuschlagen.

Wildbad, den 20. April 1922.

Beigholz-Beifuhrrakkord.

Die Beifahrt von

135 Am. tann. Brügel von Wanne 11 Bottenweg

42 Am. tann. Brügel vom Sommerberg 10 Waldhütte zur Gasfabrik und

220 Am. tann. Brügel von den Abteilungen Buchbusch, Laiessteig, Kappelberg, Alte Steige, Riehalde, Jägerwegle, Spahnplatz und Kohlplatte zu den städt. Remisen wird am

Donnerstag, den 13. Juli 1922

vorm. 11 Uhr

auf dem Rathaus in 2 Losen im öffentlichen Aufstreich vergeben.

Bedingungen liegen bei der unterzeichneten Stelle auf.

Wildbad, den 11. Juli 1922.

Stadtpflege.

Gemeinderat: Vors. Bätzner.

Bauplatz gesucht!

zur sofortigen Ueberbauung mit einem größeren Wohnhaus- und Ateliergebäude. Platzgröße etwa 15—20 Ar in sonniger Lage an fertiger Straße.

Sofortige Angebote erbittet

Heinrich Weischedel, Bauwerkstr.

Größere

!Fabriken!

werden stets gekauft

Off. erb. unt. N. P. 1228

an Rud. Mosse Stuttgart

Fichtennadel

Bade-Extract

in Kannen.

A. u. W. Schmitt, Med.-Drogerie.

Homöopathie u. Naturheilkunde

Koenigsfeldstr. 21. H. Maier, Pforzheim Fernruf 2218.

behandelt Blüt, Rheumatismus, Ischias, Adrenverfaltung, rheumatische Gesicht- u. Kopfschmerzen, Hautausschlag, Krampfadergeschwüre, offene Beine usw. mit bestem Erfolg.

Augendiagnose. Sprechstunde in Wildbad: Freitag vormittag 8—1 Uhr, Kochstraße 193 bei Hfcher.

Haushälterin

nach Köln zur selbständigen Leitung eines Haushaltes (Einfamilien-Haus) mit Mädchen, sofort gesucht. Kochen sowie Einnahmen unbedingt erforderlich. Familiäre Behandlung, hohe Gehalt. Angebote mit Referenzen an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Wir liefern Wäsche - Aussteuer

auch einz. Leib- und Hauswäsche Berufs- und Arbeiterkleidung noch billig, an sichere Leute auch geg. bequeme Abzahlung. Reichhaltige Provision gratis gegen 2.-Mk. Rückporto.

F. OLDEHUS

Neumünster i. Holst. Schleichberg 38 Schleichberg 38.

Drillhanzüge

Blaue Arbeitsanzüge

Sommer-Leinenfittel

Arbeitsmäntel

Windjaden

Feldgraue Hosen

Manchester-Hosen

Zwirnrosen und

Engl. Lederhosen

offizier Weintraubs

An- & Verkaufsgeschäft

Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Klavier- u. Harmoniumstimmer

kommt nach Wildbad.

Aufträge erbitte sofort an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Willy Sattler

Klaviertechnik u. Konzertstimmer

Pforzheim

Gellertstr. 18. Tel. 1210.



Alle Musik-Instrumente für Haus und Dreifach von den einfachsten Schüler bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empfiehlt in reichlicher Auswahl Musik-Haus Curich

Großhandel und Einzelverkauf

Pforzheim, Leopoldstr. 17

(Achtaden, Aidaisch — Hofstraße)

Landeskurtheater

Direktion: Steng-Krauß.

Dienstag, den 11. Juli 1922

Gastsp. Hildegard Gallin vom

Landestheater Gotha

Der Weibstempel

Drama in 5 Akten

Mittwoch, den 12. Juli 1922

Meine Frau, das Fräulein

Operette in 3 Akten

